

## **Kürzungsgefahr: BWIHK warnt Mittelstand vor Fördermittelverlusten**

Der BWIHK warnt vor Kürzungen bei Förderprogrammen im neuen Doppelhaushalt. Besonders Mittelstand und Unternehmensnachfolge sind betroffen.

Die wirtschaftliche Landschaft in Baden-Württemberg könnte sich bald verändern, wenn die geforderten Kürzungen der Fördermittel Realität werden. Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) hat dazu eine ernste Warnung ausgesprochen, die Landtagsabgeordneten und die Öffentlichkeit in Alarmbereitschaft versetzt. Bei der Einbringung des neuen Doppelhaushalts für die Jahre 2025 und 2026 stehen die Förderprogramme, die für viele Unternehmen unverzichtbar sind, auf der Kippe.

Präsident Christian Erbe vom BWIHK äußerte sich in Stuttgart und erklärte, dass besonders kleine und mittlere Unternehmen stark auf diese Fördermittel angewiesen seien. Insbesondere bewährte Programme wie „Invest BW“, Innovationsgutscheine und die „Digitalisierungsprämie Plus“ dürfen nicht gekürzt werden. Erbe betonte, dass diese Programme gerade in den aktuell schwierigen wirtschaftlichen Zeiten von großer Bedeutung sind und für den Erhalt von Innovation und Fortschritt im Land sorgen.

### **Notwendigkeit der Förderprogramme**

Die Unterstützung von Innovationen ist für Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung. Erbe verwies darauf, dass das Land traditionell für seine kreativen Köpfe und Pioniere bekannt ist.

„Der Schwerpunkt liegt bei Forschung und Innovation“, sagte er und machte deutlich, dass die Politik nicht mit neuen Ideen zur Förderung experimentieren sollte. Es sei wichtiger, die richtigen Rahmenbedingungen zu schaffen, als komplizierte neue Fördermodelle einzuführen.

Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat ebenfalls in den vergangenen Wochen betont, dass Digitalisierung und Sicherheit zentrale Themen im kommenden Haushalt sein müssen. In diesen Bereichen wird eine signifikante Finanzierung erwartet, während die Diskussion um die Kürzungen bei den Förderprogrammen eine andere Richtung einschlägt. Die Debatte über den Haushalt dürfte daher hitzig werden, da verschiedene politische Akteure um die Verteilung der Ressourcen ringen.

Ein weiteres bedeutendes Anliegen, das Erbe zur Sprache brachte, ist die Unterstützung beim Thema Unternehmensnachfolge. Die BWIHK fordert ein spezifisches Programm des Landes, das sich intensiv mit dem Übergabeprozess von Unternehmen auseinandersetzt. Der demografische Wandel bringt eine kritische Herausforderung mit sich: Viele Unternehmen in Baden-Württemberg suchen bis 2026 nach einem Nachfolger. Mit 27.000 Betrieben, die in dieser Zeit Übergabewünsche anmelden, kämpft jeder fünfte Betrieb um einen Interessenten.

Die Herausforderungen für Unternehmer sind enorm, und umso wichtiger ist es, dass das Land hier unterstützend aktiv wird. Die BWIHK ist sich der Notwendigkeit bewusst, dass ein verlässlicher Plan zur Unternehmensnachfolge notwendig ist, um Arbeitsplätze und Wertschöpfung zu sichern. Es ist nicht nur eine finanzielle, sondern vor allem eine gesellschaftliche Verantwortung, die hier auf dem Spiel steht.

Die laufenden Haushaltsberatungen sind geprägt von der Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen. Politische Projekte müssen wohlüberlegt eingearbeitet werden, denn dies ist der letzte

Haushalt für die aktuelle Legislaturperiode. Was in diesem Haushalt nicht berücksichtigt wird, hat nur geringe Chancen, bis zur nächsten regulären Landtagswahl im Frühjahr 2026 realisiert zu werden. Dies schürt die Besorgnis unter den Wirtschaftsvertretern, die um die Zukunft der Förderungen fürchten.

Die Einsicht in die Notwendigkeit von Intensivierung und Stabilität in Förderprogrammen ist essenziell, damit Unternehmen in Baden-Württemberg nicht ins Hintertreffen geraten. Sollte der Druck zur Kürzung bei den Fördergeldern verstärkt werden, könnte dies nicht nur den Mittelstand schwächen, sondern auch die Innovationskraft des Landes langfristig gefährden. Vor diesem Hintergrund ist es unerlässlich, dass die Entscheidungsträger im Land die Bedenken der Wirtschaft ernst nehmen und Fördermittel als Investition in die Zukunft sehen.

## **Dringende Fragen zu Fördermitteln und Unternehmensnachfolge**

Die anstehenden Entscheidungen über den Haushalt werfen grundlegende Fragen auf: Wie kann sichergestellt werden, dass bewährte Programme fortbestehen und die Unternehmen die nötige Unterstützung erhalten? Wie wird die Regierung mit der Thematik der Unternehmensnachfolge umgehen? Die Ergebnisse werden entscheidend für die wirtschaftliche Stabilität und die Zukunft vieler Betriebe in Baden-Württemberg sein.

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIHK) hat in seinen Warnungen zur Kürzung der Fördermittel für Unternehmen nicht nur auf die Herausforderungen des Mittelstands hingewiesen, sondern auch auf die weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen, die solche Einsparungen mit sich bringen könnten. Förderprogramme wie Invest BW oder die Innovationsgutscheine sind nicht nur auf kurze Sicht wichtig; sie dienen vielen Unternehmen als Sprungbrett für Investitionen in neue Technologien und die Digitalisierung, was eine

entscheidende Rolle für die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Region spielt.

Zusätzlich ist die aktuelle wirtschaftliche Lage durch Faktoren wie die anhaltende Inflation und die Auswirkungen der globalen Lieferkettenkrise geprägt. Diese äußeren Faktoren machen die Unterstützung durch die Landesregierung umso wichtiger. Die BWIHK betont, dass in Krisenzeiten besonders auf einen stabilen finanziellen Rückhalt in Form von Fördermaßnahmen gesetzt werden muss, um Innovationen und Investitionen zu fördern.

## **Die Bedeutung von Förderprogrammen für den Mittelstand**

Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stellen das Rückgrat der baden-württembergischen Wirtschaft dar. Laut einer Studie des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg aus dem Jahr 2021 machen KMU über 99 Prozent aller Unternehmen im Land aus. Zudem beschäftigen sie mehr als 70 Prozent der Erwerbstätigen in der Region. Die Verfügbarkeit von Fördermitteln ist für diese Unternehmen oft der entscheidende Faktor, um Wachstum und Innovationskraft zu sichern.

Ein weiterer Punkt, der immer wieder betont wird, ist die Wichtigkeit von Forschung und Entwicklung. Studien zeigen, dass Unternehmen, die in Innovationsprojekte investieren, langfristig nicht nur ihre Marktanteile sichern, sondern auch neue Arbeitsplätze schaffen können. Die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts hängt stark von der Investitionsbereitschaft ab, die wiederum von unterstützenden Programmen abhängt.

## **Voraussetzungen und Herausforderungen der Unternehmensnachfolge**

Die Frage der Unternehmensnachfolge ist für viele Familienbetriebe in Baden-Württemberg von zentraler Bedeutung. Laut einer Erhebung des BWIHK planen bis zum Jahr

2026 rund 27.000 Unternehmen in der Region, ihre Geschäfte zu übergeben. Dies führt zu einem enormen Bedarf an spezifischer Beratung und Unterstützung durch die Landesregierung. Die Herausforderung liegt nicht nur in der Suche nach geeigneten Nachfolgern, sondern auch in der Notwendigkeit, die Unternehmenswerte und -strukturen zu erhalten, während der Übergangsprozess stattfindet.

Darüber hinaus ist es unerlässlich, die junge Generation für unternehmerische Tätigkeiten zu begeistern. Projekte zur Förderung von Unternehmertum in Schulen und Hochschulen könnten hier Abhilfe schaffen, indem sie junge Menschen frühzeitig für das Thema sensibilisieren und sie ermutigen, eigene Unternehmen zu gründen oder bestehende Betriebe zu übernehmen.

In Anbetracht der demografischen Entwicklungen und der daraus resultierenden Alterung der Bevölkerung wird es für die Landesregierung immer wichtiger, die Rahmenbedingungen für die Unternehmensnachfolge zu verbessern. Es bleibt abzuwarten, ob und wie das geplante landeseigene Programm zur Unternehmensnachfolge in den bevorstehenden Haushaltsverhandlungen Berücksichtigung finden wird.

Die Herausforderungen und Chancen, die in den geplanten Kürzungen der Fördermittel liegen, können weitreichende Auswirkungen auf die baden-württembergische Wirtschaft haben. Daher ist die aktive Beteiligung sowohl von Unternehmensvertretern als auch von politischen Entscheidungsträgern an einem konstruktiven Dialog nötig, um die Bedürfnisse des Mittelstands nachhaltig zu berücksichtigen.

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**